Deutscher Bundestag
5. Wahlperiode

Drucksache V/3387

Presse- und Informationsamt
der Bundesregierung
401 – 4 – 2

Bonn, den 18. Oktober 1968

An den Herrn
Präsidenten des Deutschen Bundestages

Betr.: **Elektronische Datenverarbeitungsanlage für das Bundespresseamt**

Bezug: **Kleine Anfrage der Abgeordneten Moersch, Dorn, Mertes, Frau Dr. Heuser, Jung, Dr. Rutschke und der Fraktion der FDP**
– Drucksache V/3307 –

Die Kleine Anfrage vom 2. Oktober 1968 beantworte ich im Einvernehmen mit dem Bundesminister des Innern und dem Bundesminister für wissenschaftliche Forschung wie folgt:

1. Wie viele Gutachten von welchen Sachverständigen oder anderen Personen sind infolge der Überlegungen der Bundesregierung im Hinblick auf den Einsatz einer elektronischen Datenverarbeitungsanlage für das Bundespressamt bisher erstattet worden?

Für das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung sind bisher zwei Gutachten erstattet worden: Im Jahre 1965 ein Gutachten von dem Industrieberater Ulrich Bischoff, Königswinter, und Anfang des Jahres 1968 ein erstes Gutachten von der Studiengruppe für Systemforschung, Heidelberg.

2. Haben die bisher erarbeiteten Gutachten entsprechend dem bisherigen Stand der Technik eine realistische Planung für einen Mindestzeitraum von fünf Jahren zum Gegenstand?

Ja. Entsprechend dem bisherigen Stand der Technik enthält das Gutachten der Studiengruppe für Systemforschung einen realistischen Arbeitsplan bis Ende 1969.

Druck: Buchdruckerei R. Madel, 53 Bonn, Bonner Talweg 106
Alleinvertrieb Dr. Hans Heger, 532 Bad Godesberg
Postfach 821, Goethestraße 54, Telefon 6 35 51

Zur Vorbereitung einer Gesamtplanung über einen Zeitraum von fünf Jahren wird zur Zeit eine Systemanalyse durchgeführt. Die Entwicklungsarbeiten auf dem Gebiet der Informationsbereitstellung müssen sich in der ersten Phase vor allem auf die Feststellung der Benutzerbedürfnisse und die methodischen Fragen der maschinengerechten Aufbereitung von Informationen konzentrieren.

3. Treffen Vermutungen zu, nach denen angeblich die „Studiengruppe für Systemforschung" als beauftragtes Institut des Bundes die politische, aktuelle Dokumentation über Echtzeit-Dialogsysteme als Beginn für Stufenpläne für die Einführung und Umstellung eines größeren Informationssystemes im Gegensatz zu Empfehlungen anderer Sachkenner der EDV-Technik vorgeschlagen hat, während diese Sachkenner mit dem unbedingt erforderlichen Adressen- und Kostennachweis beginnen wollten?

Diese Vermutungen treffen nicht zu. Im übrigen sind dem Presse- und Informationsamt der Bundesregierung im Zusammenhang mit der Einführung der elektronischen Datenverarbeitung für Zwecke der politischen Dokumentation keine Empfehlungen von Sachkennern der EDV-Technik gegeben worden, die im Gegensatz zu dem Ergebnis der unter 1. erwähnten Gutachten stehen.

4. Besteht hinreichende Gewißheit über die Qualifikation der „Studiengruppe für Systemforschung" zur Bearbeitung von Großdokumentationen beim Einsatz moderner Betriebssysteme?

Ja.

5. Wie hoch sind die bisherigen Kosten für die Pläne zur Einführung der elektronischen Datenverarbeitung im Bundespresseamt?

1967 wurden 95 000 DM ausgegeben. Im Bundeshaushaltsplan 1968 sind für diese Zwecke 600 000 DM ausgebracht.

6. Ist sichergestellt, daß die für diese Pläne bereitgestellten öffentlichen Mittel gezielt eingesetzt und die durch sie geförderten Entwicklungsaufgaben koordiniert und rationell betrieben werden?

Alle Aufträge, die bislang vergeben wurden, beziehen sich auf genau definierte Aufgaben. Die Mittel werden gezielt eingesetzt. Die geplanten und bereits begonnenen Maßnahmen sind aufeinander abgestimmt. Die Arbeiten werden rationell durchgeführt.

7. Welche Bundesdienststellen sind mit den Planungsarbeiten befaßt und welche davon hat die verantwortliche Leitung?

Das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung führt die Planungsarbeiten durch und ist dafür verantwortlich. Die Planungsarbeiten werden mit dem Bundesminister für wissenschaftliche Forschung abgestimmt. Die beim Bundesminister des Innern eingerichtete Koordinierungs- und Beratungsstelle der Bundesregierung für die elektronischen Datenverarbeitung in der Bundesverwaltung wird beteiligt. Andere betroffene Bundesressorts werden unterrichtet.

Im Presse- und Informationsamt der Bundesregierung ist ein Referat „Datenverarbeitung" eingerichtet worden. Ein Unterausschuß des Fachbeirates für Datenverarbeitung beim Bundesminister für wissenschaftliche Forschung steht dem Presse- und Informationsamt der Bundesregierung beratend zur Seite. Ihm gehören anerkannte Fachleute der Datenverarbeitung und Dokumentation aus Wissenschaft und Praxis an.

8. Ist eine öffentliche Ausschreibung für die in Aussicht genommene Datenverarbeitungsanlage für das Bundespresseamt erfolgt?
Wenn nein, aus welchen Gründen ist sie unterblieben?

Eine öffentliche Ausschreibung für eine Datenverarbeitungsanlage ist bislang nicht erfolgt. Die für eine solche Ausschreibung erforderliche Spezifikation wird erst mit Abschluß der unter 2. erwähnten Analyse vorliegen.

Diehl